

**Bericht über die Tätigkeit der
Härtefallkommission des Landes Sachsen-Anhalt
im Jahr 2007**

Herausgeber:
Härtefallkommission
des Landes Sachsen-Anhalt
- Geschäftsstelle -
Halberstädter Str. 2/
am „Platz des 17. Juni“
39112 Magdeburg

Vorbemerkung

Nach § 7 der Geschäftsordnung wird die Arbeit der Härtefallkommission von der Geschäftsstelle statistisch erfasst und das Ergebnis der Kommission jährlich in Form eines Tätigkeitsberichts vorgelegt.

Dieser Tätigkeitsbericht enthält statistische Angaben sowohl über die im Jahr 2007 gestellten Anträge als auch über die abschließende Bearbeitung von 4 im Jahr 2006 gestellten Anträgen.

Gründe für Härtefallanträge

Hauptgrund für die Anrufung der Kommission war der durch den langjährigen Aufenthalt erreichte hohe Grad der Integration der Betroffenen. In der überwiegenden Anzahl der Fälle handelte es sich um Familien, bei denen insbesondere die Situation der in Deutschland geborenen oder in jungen Jahren eingereisten Kinder, die ihre prägenden Kindheits- und Jugendjahre in Deutschland verbrachten, zu berücksichtigen war.

Weitere Gründe waren schwerwiegende Erkrankungen und eine schwierige Situation nach Rückkehr ins Heimatland.

Fallgruppen

Bei den Betroffenen handelte es sich ausschließlich um abgelehnte Asylbewerber.

Statistische Angaben

Im Berichtszeitraum wurden 26 Anträge gestellt, die sich auf 79 Personen, davon 38 minderjährige (begleitete) Kinder, bezogen.

Hauptherkunftsländer der Personen waren das Kosovo (23,1 %), Vietnam (15,4 %) sowie Serbien, Bosnien und Herzegowina bzw. die Türkei mit je 7,7 %.

Das Ministerium des Innern ordnete bei 8 Anträgen die Aussetzung der unmittelbar bevorstehenden Abschiebung (Duldung) der Betroffenen an, um der Kommission Gelegenheit zur Befassung zu geben.

Noch vor der Beratung in der Kommission nahmen die antragstellenden Mitglieder 4 Anträge (davon 2 aus 2006) zurück, weil die ersten Feststellungen ergaben, dass die Voraussetzungen für die Befassung in der Kommission noch nicht oder nicht mehr vorlagen.

Die Kommission beriet in 10 Sitzungen über insgesamt 25 Anträge (davon 2 aus 2006).

Bei 6 Anträgen (davon 1 aus 2006) stellte sie dringende humanitäre Gründe fest, die einen weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet rechtfertigen, und beschloss jeweils ein Härtefallersuchen. 5 Anträge wurden abgelehnt.

Im Ergebnis der Beratungen nahmen die antragstellenden Mitglieder 8 Anträge zurück (davon 1 aus 2006).

Über 7 Anträge aus 2007 war im Berichtszeitraum noch nicht abschließend entschieden.

Das Ministerium des Innern entsprach im Berichtszeitraum allen Härtefallersuchen und ordnete die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes an. In Fällen, in denen den betroffenen Erwachsenen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit möglich war, wurde die Verlängerung der zunächst auf 1 Jahr befristeten Aufenthaltserlaubnis von dem Nachweis der Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit bzw. von Nachweisen über Bemühungen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit abhängig gemacht.

In einem Fall stand am Ende des Berichtszeitraumes die Entscheidung über das Härtefallersuchen noch aus.

Von den Anordnungen des Ministeriums des Innern zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen waren 20 Personen betroffen, davon 10 minderjährige (begleitete) Kinder.

In 60 % der Fälle kamen die betroffenen Personen aus dem Kosovo und in jeweils 20 % der Fälle aus Vietnam sowie Bosnien und Herzegowina.

Neuberufung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder

Die erstmalige Berufung der Mitglieder und ihrer Stellvertreter fand am 22. April 2005 statt. Gemäß § 2 Abs. 2 der Härtefallkommissionsverordnung endet die Berufungszeit nach Ablauf von 2 Jahren. Eine wiederholte Berufung ist zulässig.

Herr Minister Hövelmann berief am 25. April 2007 die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für die nächsten 2 Jahre neu. Ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied wurden erstmals berufen. Ansonsten blieb die Zusammensetzung der Kommission unverändert.

In der anschließenden Pressekonferenz zollte Herr Minister Hövelmann den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern Respekt für die geleistete Arbeit. Darüber hinaus bedankte er sich für die gute Zusammenarbeit zwischen Härtefallkommission und Ministerium.

Als Mitglieder der Kommission berief der Minister auf Vorschlag

des Landkreistages	Frau Christiane von Wagner
des Städte- und Gemeindebundes	Herrn Wolfgang Horn
der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege	Herrn Werner Träger
des Flüchtlingsrates	Frau Grit Gurol
der Katholischen Kirche	Frau Monika Schwenke
der Evangelischen Kirchen	Herrn Oberkonsistorialrat i. R. Gerhard Zachhuber
des Ministeriums für Gesundheit und Soziales	Frau Susi Möbbeck
des Ministeriums des Innern	Frau Christa Dieckmann

Im Anschluss an die Berufung erfolgte die konstituierende Sitzung der Kommission. Die Mitglieder der Härtefallkommission wählten erneut Frau Monika Schwenke zur Vorsitzenden und Frau Grit Gurol zur stellvertretenden Vorsitzenden.

Öffentlichkeit des Tätigkeitsberichts

Der Tätigkeitsbericht ist auf der Homepage des Ministeriums des Innern (<http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=4826>) hinterlegt.

Verteiler:

- Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der Härtefallkommission
- Petitionsausschuss des Landtags
- Landkreistag
- Städte- und Gemeindebund
- LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
- Flüchtlingsrat
- Katholische Kirche
- Evangelische Kirchen
- Ministerium des Innern
- Ministerium für Gesundheit und Soziales

Statistik für das Jahr 2007

Anträge		
Anträge gesamt	26	
Zahl der betroffenen Personen	79	
. davon minderjährig	38	
Herkunftsländer		
. Kosovo	6	23,1 %
. Vietnam	4	15,4 %
. Bosnien und Herzegowina	2	7,7 %
. Serbien	2	7,7 %
. Türkei	2	7,7 %
. Afghanistan	1	3,8 %
. Armenien	1	3,8 %
. Iran	1	3,8 %
. Kamerun	1	3,8 %
. Niger	1	3,8 %
. Nigeria	1	3,8 %
. Russische Föderation	1	3,8 %
. Sierra Leone	1	3,8 %
. Sudan	1	3,8 %
. Uganda	1	3,8 %
Überhänge aus dem Jahr 2006		
	4	
Beratungsergebnisse		
Härtefallersuchen	6	
Ablehnungen	5	
Antragsrücknahmen	8	
sonstige Antragserledigungen		
	4	
ruhende Anträge		
	1	
in Bearbeitung		
	6	
Entscheidungen des MI		
Härtefallersuchen entsprochen (Anordnung)	5	
Zahl der betroffenen Personen	20	
. davon minderjährig	10	
Herkunftsländer		
. Kosovo	3	
. Bosnien und Herzegowina	1	
. Vietnam	1	
Härtefallersuchen <u>nicht</u> entsprochen		
Härtefallersuchen, bei denen die Entscheidung noch aussteht	1	

Statistik
(kumulativ vom 22. April 2005 bis 31. Dezember 2007)

Anträge		
Anträge gesamt	86	
Zahl der betroffenen Personen	316	
. davon minderjährig	144	
Herkunftsländer		
. Kosovo	27	31,4 %
. Vietnam	13	15,1 %
. Türkei	12	14,0 %
. Bosnien und Herzegowina	7	8,1 %
. Serbien und Montenegro	6	7,0 %
. Nigeria	4	4,7 %
. Afghanistan	2	2,3 %
. 15 sonstige Länder mit je einer Person	15	17,4 %
Beratungsergebnisse		
Härtefallersuchen	23	26,7 %
Ablehnungen	22	25,6 %
Antragsrücknahmen	24	27,9 %
sonstige Antragserledigungen	10	11,6 %
ruhende Anträge	1	1,2 %
in Bearbeitung	6	7,0 %
Entscheidungen des MI		
Härtefallersuchen entsprochen (Anordnung)	21	91,3 %
Zahl der betroffenen Personen	95	
. davon minderjährig	45	
Herkunftsländer		
. Kosovo	10	47,6 %
. Vietnam	3	14,3 %
. Bosnien und Herzegowina	3	14,3 %
. China	1	4,8 %
. Nigeria	1	4,8 %
. Türkei	1	4,8 %
Härtefallersuchen <u>nicht</u> entsprochen	1	4,35 %
Härtefallersuchen, bei denen die Entscheidung noch aussteht	1	4,35 %